

## **Beschluss des Landrats vom 13.01.2022**

Nr. 1311

### **2. Zur Traktandenliste 2022**

2021/746; Protokoll: bw, gs

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, die Fragestunde finde laut der Geschäftsordnung «zu Beginn der Nachmittagssitzung» statt. Weil es heute keine Nachmittagssitzung gibt, wird vorgeschlagen, die Fragestunde auf ca. 12.30 Uhr zu terminieren, denn die Geschäftsordnung hält auch fest, dass die Fragestunde nicht länger als 30 Minuten dauern sollte. Allfällige dringliche Vorstösse werden wie folgt behandelt: Im Laufe des Vormittags wird über Dringlichkeit entschieden, und falls Dringlichkeit beschlossen wird, kämen die Geschäfte noch vor der Fragestunde zur Beratung.

://: Die Traktandenliste wird beschlossen.

#### – *Fraktionserklärung der Grüne/EVP-Fraktion*

**Stephan Ackermann** (Grüne) sagt, die Begeisterung der Mitglieder der Grüne/EVP-Fraktion über die Anwesenheit im Haus der Wirtschaft halte sich gelinde gesagt in Grenzen. Die Fraktion sieht jedoch ein, dass – wenn der Landratssaal in Liestal in der aktuellen Situation ungeeignet ist – eine Alternative gefunden werden muss. Die Coronakrise verlangt allen Menschen viel ab. In der Gesellschaft werden neue Gräben sichtbar und zum Teil entstehen sie auch erst durch Corona. Der Graben zwischen Mitgliedern der Grüne/EVP-Fraktion und der Wirtschaftskammer ist tief und nicht neu. Der Verandelung zwischen Kanton und Wirtschaftskammer steht die Grüne/EVP-Fraktion kritisch gegenüber. Auch sind noch laufende Gerichtsverfahren hängig. All diese Punkte machen es der Fraktion schwer, hier in diesem Haus zu sein und damit die Wirtschaftskammer mit zusätzlichem Geld zu unterstützen. Doch wegen des politischen Auftrags und der aktuellen Krisensituation – in der viele Menschen zugunsten des Gesamtwohls immer wieder über den eigenen Schatten springen müssen – ist auch die Grüne/EVP-Fraktion heute bereit, über ihren Schatten und über die tiefen Gräben zu springen.

#### – *Fraktionserklärung der SVP-Fraktion*

**Peter Riebli** (SVP) erklärt im Namen der SVP-Fraktion, dass er sich die Fraktionserklärung der Grüne/EVP-Fraktion mit einem gewissen Erstaunen anhören musste. Wenn man einen Raum mietet, hat dies mit dem Vermieter nichts zu tun. Wenn in der Stadt Basel eine Wohnung gemietet wird, interessiert es den Mieter nicht, ob der Vermieter irgendwo auch noch ein Rotlichtetablisserment verwaltet. Der Mieter hat seine Wohnung unter den bekannten Bedingungen.

Glücklicherweise gibt es nun im Kanton Basel-Landschaft eine Räumlichkeit, die der Landrat – sofern er nicht mehr im Landratssaal tagen kann, wobei man sich darüber noch unterhalten müsste – in Anspruch nehmen kann.

Als Peter Riebli Landratspräsident war, musste der Landrat exterritorial in der Stadt tagen. Das wurde getan, weil man sich in einer Krisensituation befand. Man tagte im Messezentrum bei einer Institution, welcher der Landrat CHF 50 Mio. geschenkt hatte, und die er mit jeweils weiteren saten, fünfstelligen Beträgen pro Sitzung unterstützte. Am heutigen Standort fährt man bei weitem günstiger und hat dennoch ideale Räumlichkeiten zur Verfügung in einem Haus, das alle technischen Voraussetzungen für die reibungslose Durchführung einer Landratssitzung mit sich bringt. Dies mit dem Vermieter zu verquicken und ein politisches Statement dazu abzugeben, ist völlig unverständlich. Als Mieter geniesst man Mietrecht und hat man sich als guter Mieter aufzuführen,

was bedeutet, dass man den Vermieter in keiner Art und Weise verunglimpft.

Und wenn man schon über die ganze Wika-Affäre sprechen möchte, dann kann man die Gewerkschaft in denselben Topf schmeissen. Das ist heute aber nicht das Thema. Thema heute ist: Aus irgendwelchen Gründen ist man nicht mehr im Landratssaal und im Kanton Basel-Landschaft gibt es eine Alternativmöglichkeit. Andere Möglichkeiten gibt es nicht, das hat die Landeskantlei sehr seriös abgeklärt. Deshalb ist das hiesige Zentrum die einzige Möglichkeit, auf Baselbieter Boden eine reguläre Sitzung durchzuführen. Dazu kommt, dass mindestens CHF 5'000. – pro Sitzung gespart werden im Vergleich zu den Sitzungen in der Messe. Dorthin, wo eh bereits CHF 50 Mio. in den Sand gesetzt wurden, flossen also noch höhere Subventionen. Aus diesen Gründen versteht Peter Riebli die geäusserten Ressentiments gegenüber dem diesigen Tagungsort in keiner Art und Weise und verwehrt sich gegen die Fraktionserklärung der Grüne/EVP-Fraktion.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2022/14 von Thomas Eugster (FDP): Corona Härtefall-Hilfen auch für die Sport- und Volksbad Gitterli AG!*

Der Regierungsrat hat sich gegen Dringlichkeit ausgesprochen, sagt Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp).

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, es gehe um das Gitterli-Bad, das allseits bekannt ist. Es ist auch bekannt, dass es bereits seit einiger Zeit finanzielle Probleme hat (man kann auch sagen: seit es existiert). Die Lage ist aber insofern speziell, weil das Bad anerkanntermassen eine regionale Bedeutung hat. Aus Sicht der Regierung kann man sagen: Es läuft keine Frist ab – und für eine entsprechende Zahlung fehlt die gesetzliche Grundlage. Darum ist es jetzt nicht möglich, dringlich über das Anliegen zu befinden. Insbesondere, weil es um einen Einzelfallentscheid geht, muss sich die Regierung zudem auch Gedanken wegen des Gleichbehandlungsgebots machen. Man hat sehr viele Härtefallgesuche behandelt. Einzelne Gesuche mussten aus bestimmten Gründen – wenn nicht alle Kriterien erfüllt waren – abgelehnt werden; wenn jemand etwa den notwendigen Umsatzeinbruch von 40 % nicht nachweisen konnte (sondern nur 35 %). Es würde das ganze jetzige System in Frage stellen, wenn man nun in einzelnen Fällen korrigierend eingreifen könnte. Es gibt zudem eine klare Regelung des Bundes. Wenn man das Anliegen ins Auge fassen wollte, hätte dies eine grössere Dimension, die aber nicht unter dem Aspekt der Dringlichkeit diskutiert werden kann.

Es geht um Corona und die Härtefallmassnahmen, sagt **Thomas Eugster** (FDP). Der Bund passt seine Härtefallmassnahmen an – und auch der Kanton wird dies entsprechend machen. Wenn man die Frage diskutieren will, muss es jetzt und nicht erst in zwei Jahren tun.

://: Die Dringlichkeit wird mit 43:36 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

---